

Parlamentarische Bürgerinitiative

betreffend

freien und offenen Hochschulzugang

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die Bürger_inneninitiative betrifft das Universitäts- und Hochschulwesen und ist daher gem. Art 14 Abs 1 B-VG Bundeskompetenz.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von _____ BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (*Anm.*: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

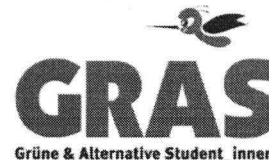
Anliegen:

Der Nationalrat wird ersucht,

sich zum freien und offenen Hochschulzugang zu bekennen und die Umsetzung des selbigen mit ausreichend finanziellen Mitteln voranzutreiben.

Zur Begründung siehe das Beiblatt.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)



Bürger_inneninitiative für freien und offenen Hochschulzugang

Der **freie Hochschulzugang** ist ein **Meilenstein** in Österreichs Bildungspolitik. 1970 wurde das Ministerium für Wissenschaft und Forschung gegründet, die SPÖ-Politikerin Hertha Firnberg wurde erste Ministerin. Ihr Ziel: Akademische Bildung für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder sozialem Hintergrund.

47 Jahre später lauert **Gefahr**: Mit seinem "Plan A" schwenkt SPÖ-Kanzler Kern zu Jahresbeginn auf die **Abschaffung des freien Hochschulzugangs** ein. Kurz darauf verständigt sich die SP/VP-Koalition in ihrem überarbeiteten Regierungsabkommen darauf - Titel „Einführung der Studienplatzfinanzierung für Universitäten“. Geplant seien verbesserte Studienbedingungen durch günstigere Betreuungs-Verhältnisse (Studierende pro Lehrkraft) und die Entlastung der Uni-Infrastrukturen.

De facto bedeutet dieses Modell aber: Nicht MEHR Mittel für die Unis zum Ausbau und für zusätzliche Lehrende, sondern weniger Studierende. – Und das funktioniert nur mit Zugangsbeschränkungen. Der freie Hochschulzugang wäre Geschichte.

„Studienplatzfinanzierungsmodellen“ bergen bereits heute massive Probleme:

- **Aufnahmetests** rufen enorme Kosten hervor; deren Ergebnisse sind nichtssagend und stellen nicht die Eignung für ein komplexes Studium fest;
- **Studieneingangsphasen** haben sich bisher nicht als echte Orientierung und Hilfe erwiesen; vorrangiges Ziel ist es - in beliebten Studiengängen - die Zahl der Studierwilligen mittels K.O.-Prüfungen zu verringern.
- **Studienbedingungen** verbessern sich nicht automatisch: Ein gutes Beispiel dafür ist das Medizinstudium. Dort gibt es nach wie vor zu wenig Ressourcen, veraltete Räumlichkeiten, sowie eine schlechte Infrastruktur
- **Zugangsbeschränkungen** sind aus sozialpolitischer Sicht verheerend. Vor allem jene, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, haben es schwer: Vorbereitungskurse sind oft teuer, wer nebenbei arbeiten muss, hat kaum Zeit, sich auf Prüfungen vorzubereiten. Das gilt auch für Studierende mit Betreuungspflichten.
- **Hochschulstandorte** wurden bisher nicht entlastet: Auch hier das Medizinstudium als gutes Beispiel: Viele, die Aufnahmeprüfungen zum Medizinstudium nicht bestehen, wechseln zu Biologie, Chemie und Pharmazie, die im Gegenzug dann als "überlaufen" gelten. In weiterer Folge wird es also zu flächendeckenden Beschränkungen in allen Studien kommen.



Bildung ist ein Menschenrecht! Unterschreibe daher, damit...

...der freie Hochschulzugang erhalten bleibt. Bildung soll nicht länger zum Luxusgut gemacht, bestehende Barrieren abgebaut und die Ausfinanzierung der Hochschulen endlich umgesetzt werden.

- **Wir fordern den Nationalrat auf, sich zum freien und offenen Hochschulzugang zu bekennen und die Umsetzung des selbigen mit ausreichend finanziellen Mitteln voranzutreiben.**

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**freien und offenen Hochschulzugang****Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
------	---------------------------------	------------	-----------------------------	---

Marie-Therese
Fleischhacker

